

Danziger Zeitung.



Nr. 14782.

Die "Danziger Zeitung" erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Leiterhagergasse Nr. 4, und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inferior kostet für die Petitsseine oder deren Raum 20 S. — Die "Danziger Zeitung" vermittelt Anzeigenaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1884.

Telegraph. Nachrichten d. Danz. Zeitung.

Paris, 16. August. In den letzten 24 Stunden starben in Marseille 6, in Toulon 2, in Perpignan und Umgegend 11 Personen an der Cholera. Außerdem kamen in den Departements Hérault und Aude einige Choleratodesfälle vor.

— 17. August. In den letzten 24 Stunden sind an der Cholera gestorben: in Marseille 14, in Toulon 8 Personen; ferner in den Departements Ost-Pyrénées 2, Hérault 12, Aude 3, Gard 3, Balearische 1 und Nieder-Alpen 2 Personen.

Rom, 17. August. Gestern sind in der Provinz Massa-Carrara vier Cholera-Todesfälle, in der Provinz Parma drei Erkrankungs- und zwei Todesfälle, in der Provinz Pistoia Maurizio ein Todesfall, in der Provinz Turin drei Erkrankungs- und vier Todesfälle vorgekommen.

Politische Uebersicht.

Danzig, 18. August.

Von den politischen Ereignissen der letzten Tage ist speziell für unsere Provinz der am Sonnabend abgehaltene Parteitag der Freisinnigen Westpreußens von Interesse. Unseren Lesern haben wir schon in der gestrigen Morgennummer kurze Andeutungen über den Inhalt der Verhandlungen bringen können und verweisen, was die Einzelheiten anlangt, auf den ausführlichen Bericht, welcher in der heutigen Beilage unserer Blätter enthalten ist. Besonders hervorzuheben ist die erfreuliche starke Beteiligung seitens der Landwirthe aus unserer Provinz und die einmütige Verwerfung der geplanten Kornzollerhöhung, die in den verschiedenen Reden der angesehenen landwirtschaftlichen Vertreter, die das Wort nahmen, zum Ausdruck kam. Dieselben lieferten den Beweis, daß die neuerdings gerade auch in unserer Provinz verklärt auftretenden Agitationen der Agrarier den gefundenen Sinn unserer ländlichen Bevölkerung nicht zu verwirren im Stande sind und daß ein trügerischer Liberalismus auch da seine Stärke bewahrt hat, auch an solchen Orten gepflegt wird und gedeiht, welche die Conservativen sonst als ihre Domäne zu betrachten gewohnt sind. Die Reden der Herren Blehn-Lubodzin, Dau-Hohenstein und Claussen-Diege, von denen ersterer dem Großgrundbesitz, letztere beiden dem bürgerlichen Besitzerstande angehören, enthalten einen vernehmlichen Protest gegen die Sonderbestrebungen der agrarischen Körnbücher, und der ungetheilte Applaus, der ihren Ausführungen zu Theil wurde, zeigte von der Ueberredigung, in welcher sie sich mit den zahlreich versammelten Berufsgenossen befanden. Der Verlauf des ganzen Parteitages war ein nach jeder Richtung hin befriedigender und verspricht, der liberalen Sache in unserer Provinz zur nachhaltigen Förderung zu dienen. Vor Alem aber wird der selbe dazu beitragen, überall in unserer Provinz die Liberalen aller Schattungen einmütig um die nationale Fabne zu sammeln, wo immer der schlesische Entscheidungskampf dieser Gesichtspunkt in den Vordergrund treten läßt.

Bon den Kaiserzusammenkünften, die jetzt mit so großer Bestimmtheit in nahe Aussicht gestellt werden, würde diejenige der Kaiser von Russland und Österreich ohne Zweifel die bedeutungsvollste sein, weil sie vorzugsweise geeignet wäre, der neuerdings wieder von London aus versuchten Verhinderung Österreichs und Russlands die Spitze abzubrechen. Aber auch abgesehen davon würde die erste persönliche Verührung der beiden benachbarten Souveräne seit dem Abschluß des deutsch-österreichischen Bündnisses größere Beachtung verdienen, namentlich wenn man sich der Stellung erinnert, welche der Kaiser von Österreich seit einigen Jahren den Königen von Rumänien und Serbien gegenüber einnimmt. Daß Russland nicht im Stande ist, den Anschluß Rumäniens an das deutsch-österreichische Bündniß rückgängig zu machen, steht längst thatsächlich fest; eine freundschaftliche Begegnung des Kaisers Alexander mit dem Kaiser von Österreich würde die vollendeten Thatsachen, welche sich seit 4 Jahren auf der Balkanhalbinsel vollzogen haben, in feierlicher Weise anerkennen. Daß der Kaiser von Russland einen solchen Schritt unternimmt, würde als ein erfreulicher Beweis des Zurücktreten der panislamistischen Agitation in Russland gelten, welche die Befestigung des Ansehens und der Autorität der Regierung Aleksandri III. Die Frage einer Zusammenkunft auch des Kaisers Wilhelm mit den beiden benachbarten Fürsten wird mit Recht mit größerer Vorsicht behandelt. Als im vorigen Sommer eine Begegnung des Kaisers Wilhelm mit dem Kaiser von Russland auf das Tape gebracht wurde, und zwar, wie sich später herausstellte, ohne thatsächlichen Anlaß, konnte man, als nach langem Hin- und Herreden die Nachricht offiziell in Abrede gestellt wurde, aus den begülligen Ausinandersetzungen entnehmen, daß deutscherseits ein Besuch des Kaisers von Russland erwartet wurde. Um so auffälliger wäre es, wenn jetzt dennoch ein Besuch des Kaisers Wilhelm auf russischem Boden stattfinden sollte. Indessen wird, wie es scheint, die Bestimmung über den Ort der Zusammenkunft aus naheliegenden Gründen vorläufig noch geheim gehalten.

Dem Vernehmen nach finden gegenwärtig, nachdem der Präsident der Reichsbank, Herr v. Decken, von seinem Urlaub zurückgekehrt ist, Erwägungen darüber statt, ob es möglich und ratsam sei, die geplante Gründung einer Bank für überseeischen Handel ohne Mitwirkung des Privatkapitals ins Leben zu rufen. Von dem Ergebnis dieser Erwägungen wird es abhängen, ob man sich wegen dieser Angelegenheit wieder mit den bekannten Berliner und Hamburger Firmen in Verbindung setzen wird oder nicht.

Die Vorbereitungen für die Nilempagne nehmen ihren raschen Fortgang, doch dürfte der von dem englischen Parlamente bewilligte Credit von 300 000 £. kaum die Kosten für die Beförderung der Truppen nach Asien, welcher Platz als Basis der Operationen ausgewählt werden, decken. Das Expeditionskorps wird ungefähr 5000 Mann stark sein und aus Infanterie, Seesoldaten, britischer Infanterie und Blaujacketen bestehen. Unter günstigen Umständen wird die erste Flottille mit Truppen gegen Ende Oktober von Asien nach Chartum abgehen. Man nimmt an, daß die Expedition zu General Gordon (der, wie

erwartet wird, vorstoßen wird, um derselben zu begegnen) vor Ende des Jahres stoßen wird.

Wie dem "Daily Telegraph" aus Cairo gemeldet wird, hat die englische Expedition, welche nach Chartum gehen soll, die gemessenen Befehle, sich lediglich auf den Entfall des Generals Gordon zu beschränken und sich aller feindlichen Maßregeln gegen den Mahdi zu enthalten, vorzusehen, daß die Expedition selber nicht angegriffen wird. — Das letztere ist so recht glaublich. Als ob sich ein Entfall Chartums ohne Feindlichkeit gegen den Mahdi ermöglichen läßt, als ob die Scharen des Mahdi dem Zuge der Briten um die Befreiung Gordons ruhig zusehen würden! Daran ist doch wohl im Ernst nicht zu denken.

Die in St. Louis erscheinende Zeitung, der "Globe Democrat", meldet aus Mexico die Entdeckung einer Verschwörung gegen die Regierung. Präsident Gonzales sollte gefürzt und durch General Iglesias ersezt werden. Es wird hingefügt, daß im Zusammenhange mit dem Complot mehrere Verhaftungen vorgenommen wurden.

Deutschland.

△ Berlin, 17. Aug. An unterrichteten Stellen wird betont, daß der diesmalige Sommerurlaub des preußischen Gesandten bei der Kurie Herrn v. Schröder nicht länger währen würde, als im vorigen Jahre. Da Herr v. Schröder den Urlaub diesmal wegen des Wechsels im Gesandtschaftspersonal etwas später angetreten hat, als gewöhnlich, so würde er also auch etwas später nach Rom zurückkehren. Das sei nicht etwa erst eine Folge seiner mündlichen Berichterstattung in Varzin, sondern von Anfang an beabsichtigt gewesen.

△ Berlin, 17. Aug. Die Erklärungen über die Behandlung der deutschen Colonialpolitik, welche Fürst Bismarck in der letzten Reichstagssession unter Zustimmung aller Parteien abgegeben hatte, liefern, wie erinnert, in der Haupttheorie darauf hinaus, daß das Reich als solches bei der Gründung überseeischer Niederlassungen Kaufmännischer Natur nur in so weit eingreifen solle, als es den Unternehmern das gewährt, was das Reich seinem Angehörigen im Auslande verweigern kann, nämlich den Schutz gegen Beeinträchtigung und Schädigung seitens anderer Nationen. Das Verhalten des Reichskanzlers in der Angara-Pekuna-A Angelegenheit hat zur Genuige bewiesen, daß die Reichsregierung, indem sie deutschen Kaufleute in ihren Schutz gewährt, bestrebt ist, nicht in wohlerworbene Rechte fremder Nationen einzutreten. Der Büdner'schen Unternehmung ist der Rechtsstreit erst zugelagt worden, nachdem durch sorgfältige Untersuchungen festgestellt war, daß es sich um ein Gebiet handele, auf welches keine andere Nation Rechtsansprüche zu erheben in der Lage war. Der Reichskanzler deutete dabei aber an, daß es in Bezug auf andere (afrikanische) Landstriche, wo ebenfalls deutsche Kaufleute sich in gleicher Weise zu etablieren beabsichtigen, einer Nachfrage bei andern Regierungen nicht bedürfe, da er sich überzeugt habe, daß dort nur die eingeborenen Stämme bisher eine Souveränität ausüben. Man könnte daraus schließen, daß solchen Unternehmungen damals schon Freibriefe ertheilt waren. Überraschender Weise hat die englische Regierung sich durch das Drängen der Capcolone wie der australischen Colonialregierungen bewegen lassen, diejenigen Gebiete an der afrikanischen Küste und diejenigen von Neu-Guinea, wo nach ihrer Annahme weitere deutsche Niederlassungen beabsichtigt werden — nicht zu annexieren, sondern unter englische "Oberaufsicht" zu stellen. Mit andern Worten: England gesteht ein, daß es einen Besitzanspruch auf diese Gebiete nicht habe; es will aber trotz seiner Suprematie zur See die deutschen Angehörigen verhindern, daß selbst unter dem Schutz der Reichsregierung Niederlassungen zu errichten. Daß diese Ansicht mißlingen muß, unterliegt keinem Zweifel. Deutschland würde sich zum Geißel der Welt machen, wenn es sich durch das englische Niederlassungsverbot abschrecken lassen sollte. Die Sprache der Regierungspresse gegenüber der englischen Presse läßt solche Befürchtungen nicht aufkommen. England wird gut thun, baldigt auf eine Politik kleinlicher und einer großen Nation unwürdiger Eiferucht zu verzichten, die ihm die Sympathie Deutschlands zu entziehen droht.

* Über die Haltung der Socialdemokraten bei etwaigen Berliner Stichwahlen bringt das Organ der linken Arbeiterpartei, das "Berliner Volksblatt", folgende Notiz: "Die "Voss. Zeitung" schreibt: "Nach einer Notiz der "Elber. Blg." hätte das offizielle Organ der socialdemokratischen Partei in den Berliner Reichstagswahlkreisen bei Stichwahlen den Deutsch-Freisinnigen die Unterstützung der Socialdemokraten in Aussicht gestellt. In Berlin hat es sich bei Stichwahlen zum Reichstagsteil immer nur um forschrittlische und socialdemokratische Kandidaten gehandelt." — Uns ist von einer solchen "Aussichtstellung" nichts bekannt — die Berliner Arbeiter werden sich wohl um die anderen Parteien wenig oder gar nicht bekümmern und sich alle Mühe geben, wie sich das von selbst verstellt, ihre Kandidaten durchzubringen."

* Wegen des Verdachts des Landesverrats ist am 12. d. in Birkenfeld auf Antrag der kgl. Staatsanwaltschaft in Düsseldorf, wie die "Elber. Blg." berichtet, der Mandatar R. verhaftet und nach Düsseldorf transportiert worden. Dem Verhafteten wurde schon seit längerer Zeit seitens der Polizei große Aufmerksamkeit geschenkt, u. A. wurde bei ihm vor mehreren Monaten eine Haussuchung vorgenommen, die jedoch kein Resultat ergab.

* Das gesammelte, im Dienst befindliche deutsche Panzer-Geschwader wie auch die Torpedoboote-Division sind am Freitag Nachmittag auf der Rhede von Wilhelmshaven vor Anker gegangen, wo dasselbe bis Montag verbleiben sollte.

* Mit dem ersten scharfen Zielsversuch, welcher für die Torpedowaffe am 5. d. M. in der Wyker

Bucht stattgefunden hat, durften vorausichtlich die Torpedoversuche in ein neues Versuchsstadium übergeleitet werden sein. Das als Ziel benutzte ausrangierte alte Kanonenboot "Wespe" ist, wie bereits berichtet worden, von einem auf 600 Meter von der Corvette "Blücher" lancirten geladenen Torpedo mittschiffs, also unter den günstigsten Verhältnissen für die Verstärkungswirkung getroffen worden. Über diese letztere geben jedoch, wie ein militärischer Correspondent der "Magd. Blg." meint, die Nachrichten weit auseinander. Während nach der einen Mitteilung das Boot durch ein Einschlagen des Torpedos nur derart beschädigt gewesen sein soll, daß dasselbe im Ernstfall seufzlich gewesen sein würde, berichten andere Nachrichten, daß allerdings ein Verschiff des alten Holzbauks in zwei Teile erfolgt wäre. Auch dieser letzte behauptete Erfolg entspricht jedoch kaum den gehegten Erwartungen, denn ein sofortiges Sinken oder eine vollständige Verschüttung der gebrochenen Theile findet sich bei den betreffenden Angaben nirgends erwähnt. Die Frage, wie sich die Verstärkungswirkung eines Torpedotreffers bei einem der gegenwärtigen schweren Panzer verhalten würde, muß sich danach ganz von selber aufdringen. Wenn diese Wirkung nicht genügt, um ein mit 250—300 Millim. Eisenplatten gepanzertes Schiff sofort nach einem einzigen Treffer in die Gefahr des Sinkens zu versetzen, so muß das Übergewicht der schweren Panzerholzse über die Torpedoflottille als unbedingt wieder hergestellt erachtet werden. Während der letzten Jahre des Ministeriums Stosch waren Wirkungsversuche gegen Panzerscheiben verschiedener Stärke und Construction bereits in Aussicht genommen, es bleibt nach dem Ausfall dieses ersten Ernstversuchs wohl kaum daran zu zweifeln, daß die Ausführung dieser Absicht jetzt wieder aufgenommen werden wird.

Mex. 15. August. Der hier in französischer Sprache erscheinende "Lorrain", das Organ der clericalen Partei, teilt seinen Lesern mit, daß die für dieses Jahr in Aussicht genommene elzach-lothringische Wallfahrt nach Lourdes in Frankreich nicht stattfinden werde, sondern auf das nächste Jahr verschoben worden sei. Die Wirkung des neulich veröffentlichten Schreibens des Statthalters, welches auch den Büchsen mitgeteilt worden ist, ist eine überraschend schnelle gewesen und hat einen vollen Erfolg erzielt.

Österreich-Ungarn.

Pest, 16. August. Nach dem herze veröffentlichen Auskunft über die Einnahmen und Ausgaben der ungarischen Staatskassen im 2. Quartal d. J. stellt sich die Gebühr des ganzen ersten Semesters d. J. um 405 727 Ft. günstiger, als in der gleichen Periode des letzten Jahres. (W. L.)

England.

A. London, 16. August. Gladstone hielt vorgestern seine erste Fertrete rede, und zwar anlässlich einer in Hawarden abgehaltenen Blumenausstellung vor den Bürgern und Bauern des Ortes. Das Thema der Ansprache bildete die Gartencultur, aber von seinem Büdner dazu gedrängt, sich über die Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die heimische Cholera, deren Auftreten in Nottingham, Bolton, Rixton, Clayton-le-Moors und anderen Orten in voriger Woche große Besorgniß erregte, ist in der Annahme beigefügt, daß man sie nicht gegen die Einführung der neuen Wahlreform-Bill zu äußern, sagte der Premier: "Dieser Gegenstand liegt meinem Herzen sehr nahe und wie ich glaube, auch sehr nahe den Herzen der Bevölkerung der drei Königreiche. Ich glaube indeß, daß wenn die Reform vollzogen ist, Jedermann sich darüber freuen wird. Jedermann den Vorbehalt derselben empfinden wird und Jedermann fühlen wird, daß es an der Zeit ist, alle die alten Streitigkeiten darüber zu vergessen und daß es eine Handlung der Gerechtigkeit und der Weisheit ist, welche einer größeren Anzahl der Bevölkerung ein großes Interesse an dem Lande gibt, und die Nation stärker, einiger und dem Throne und den Landesgrenzen mehr zugethan als je macht." — Die he

Statt jeder besonderen Meldung.
Die gestern früh glücklich erfolgte
Geburt eines Töchterchens zeigen er-
lebt an.

Danzig, den 18. August 1884.

Fritz Wieland und Frau,

8.08. Geb. Johst.

Gestern wurde uns eine Tochter

geboren.

Carl Kohn und Frau.

Durch die glückliche Geburt eines

Töchterchens wurden hoch

erfreut.

Zoppot, den 18 August 1884.

Richard Reutener

und Frau, geborene Gamm.

Herrn Nachmittag 2% Uhr wurde

meine liebe Frau Martha, geborene

Block, von einem gelungenen und munteren

Töchterchen schnell in glücklich entbunden.

König, den 16. August 1884.

Eugen Stiemens,

8177) Regierung - Feldmesser.

Die Verlobung meiner Mündel

Louise Minde mit dem Kauf-

mann Herrn Gustav Blottaer

in Königsberg in Pr. beebe ich

mitte ergeben zu anzweigen.

Danzig, den 17. August 1884.

J. Schellwien.

Louise Minde,

Gustav Blottaer,

Berlobte (8238)

Danzig - Königsberg,

den 17. August 1884.

Die Verlobung der Elbinger Loope wird morgen Abend geschlossen.

Brüderliche Untertricht in einf.

u. al. Buchführung z. erheilt

H. Hertell, Heilige Geistg. 51, 1 Tr.

Hiermit zeigen wir an, daß wir am

heutigen Tage unter der Firma:

Skänska Import-

Aktiebolaget

einen Geschäft für Import und Verkauf

von Kaufhäusern, Kraftrau-

waren Gräfesamen und dier e-

öffnet haben und bitten wir die Herren

Fabrikanten oder Andere, welche mit

der Gesellschaft in Verbindung treten

wollen, baldmöglichst ihre Öfferten ein-

zusenden.

Helsingborg, den 15. August 1884.

Skänska Import-Aktiebolaget.

Andel's

Heberseisches Pulver

ist von unübertroffener Wirkung

gegen alle lästigen und schädlichen

Zecken, es empfiehlt sich vorzugs-

weise zur Reinigung der Wohn-

Räume, Ställungen, Gärten

und ist daher für jedermann unent-

bührlich Erfolg sicher. Nicht mit

dem gewöhnlichen Zeckenzucker

zu verwechseln.

Scht und unverfälscht nur allein bei

H. Lekan, Albert Neumann und

Richard Lenz in Danzig. (8162)

Calm, den 15. August 1884.

Königliches Amtsgericht.

Kossack. (8195)

Offizielle Zustellung

Der Rechtsanwalt Dr. Schröder zu

Marienwerder, als gerichtlich bestellter

Beleger des Justiz, gen. Sablotzky-

Gallischen Nachlasses, legt gegen den

Bestiger August Wolff, früher zu

Niederzehren, jetzt unbekannter Anwen-

thalts, wegen 300 M. nebst 6 % Zinsen

seit dem 1. April 1881, Theilbeitrag von

dem im Grundbuche der Grandstüde

des Belegaten Niederzehren, Blatt 104

und 195, Abteilung III, Nr. 5 resp. 4,

für die Friedrich und Justine Galli-

schensche eingetragenen Capitale

von 654 M. mit dem Antrage auf Ver-

teilung des Belegaten zur Zahlung

von 300 M. nebst 6 % Zinsen seit dem

1. April 1881 und laden den Belegaten

zur mündlichen Verhandlung des Rechts-

streits vor das Königl. Amtsgericht

zu Marienwerder auf

den 8. October 1884.

Vormittags 11% Uhr.

Zum Zwecke der öffentlichen An-

stellung wird dieser Auszug der Klage

belant gemacht.

Marienwerder, den 9. August 1884.

Krueger,

Gerichtsschreiber des Königlichen

Amtsgerichts I.

Auction.

Mittwoch, den 20. August er.

Vormittags 10 Uhr, werde ich im

Bege der Evangelisch-Lutheran.

25 Ballen afrikanische

Pflanzenhaare

(Crin végétal),

welche in dem Speicher

"Patrarch Jacob",

Milchkanngasse, untergebracht

sind, dort selbst meistbietend gegen

sofortige Zahlung versteigern.

Janisch,

Gerichts-Vollzieher,

Breitgasse 133 I.

Allgemeine öffentliche

Versammlung.

Sämtliche Tischler, Böttcher, Stell-

macher, Blockmacher, Drechsler, Bern-

keindreher, Tapezierer, Maler und

sonstige Berufsgenossen Danzigs werden

an die Versammlung Mittwoch, den

20. d. M., Abends 8 Uhr, im

großen Saale des Gewerbehause

Heilige Geistgasse 82, hiermit einge-

laden. Tagesordnung: 1. Die Gewer-

vereine, 2. die Krankenversicherung nach

dem Krankenversicherungs-Gesetz und

die freien Hilfsklassen. Der Wichtigkeit

der Tagesordnung halber erhält um

zahlreiches Erscheinen

das Comité.

Homöopathie.

Spec. für Lungen-, Schleimh.,

Perz., Frauen - Leiden, Rheuma,

Charlach, Thybus, Krebs,

Epilepsie, geheimer Krankheiten.

Richard Sydow, Poggengäßchen 29, I.

Sprechstunden 9 bis 11, 2 bis 4 Uhr.

L. v. Oppel, u. d. engl. Reg. con-

tract. Arzt ic. Kohlenmarkt 27 I.

Spec. für Geschlechts-, Frauen,

Uterusleidheit, Epilepsie ic. Sprechst.

9-10, 12-2 Uhr Homöopathie.

Ich bin von meiner Heilige

zurügekehrt.

Katharina Brandstäter,

Musiklehrerin.

Heilige Geistgasse Nr. 73.

Augen- und Ohrenklinik.

Franzengasse Nr. 9.

Sprechst. 11-1 Bm., Nr. 4½-6 U.

10-11 Uhr Vorm. für Arme.

Dr. med. Heldt.

! Loose!

Elbinger Ausstellungs-Lotterie à M. 3,15.

Elbinger Ausstellungs-Lotterie à M. 2.

Gewerb. Ausstell. Marienburg à M. 1.

Lot. v. Baden-Baden, III. Klasse.

Loose à 1. Klasse à 2,10 M.

Vollpreis für alle 3 Kl. 6,30 M.

in haben

in der Exped. d. Danz. Btg.

beste Qualität. Dieselben zeichnen sich vor

ähnlichen deutschen und aus-

ländischen Fabrikaten durch größte Haltbarkeit,

geräuschlose Gang, sowie durch

viele die Handhabung erleichtende Verbesserungen aus und sind meine Familien-

Nähmaschinen sämtlich mit "Schiffchen ohne

Einfädelung, Spannungs-Aus-

lösung, Handrad-Auslösung, Selbstspuler, nachstellbarem Schwungrad,

Mollengestell" u. s. w. versehen.

(9335)

Für die Kurz- u. Weißwaren-

Abtheilung suche ich zum sofortigen

Eintritt einen

Verkäufer

der auch die Buchführung mächtig ist.

Den Meldungen bitte Photographie

beizufügen.

Joachim Brat,

8189) Stolp i. P.

Für mein Tach. Manufactur-

und Modewaren-Geschäft wünsche

ich einen

Lehrling

zum baldigen Eintritt, zu engagieren.

Pincus Lewinsohn,

Beilage zu Nr. 14782 der Danziger Zeitung.

Danzig, den 18 August 1884.

Der westpreußische Parteitag der Freisinnigen in Marienburg.

Wie vor 3 Jahren, und zwar ziemlich um dieselbe Zeit, so war auch diesmal die wegen ihrer zentralen Lage und ihres imposanten hochberühmten Bauorchesters als provinzieller Vereinigungspunkt beliebte Stadt Marienburg zum Versammlungsort für die freisinnigen Vertrauensmänner Westpreußens ausgerufen, um Reue zu halten über die politische Lage, in welcher jetzt wieder der Ruf zum Kampf an der Wahlurne an uns ergeht, die Kräfte und das Maß der Anforderungen an dieselben zu prüfen, das liberale Bürgerthum in Stadt und Land zu mammahmen Eintreten für seine Nationalität und seine verfassungsmäßigen Rechte zu ermuntern.

Schon mit den ersten Vormittagszügen am Sonnabend waren Deputierte aus Danzig, Marienwerder, Graudenz und den weiter südlich gelegenen Wahlkreisen eingetroffen, welche die freien Stunden bis zum Mittag meistens an der ältesten Culturstätte Westpreußens, in den Räumen der herrlichen Marienburg zubrachten, die Restaurationsbauten im Hochschloß eingehend besichtigend. Mittags kamen die Hauptcontingente aus den verhältnismäßig gut vertretenen Landbezirken sowie aus Elbing, Graudenz, Marienwerder u. a. — Von 1½ bis 3¼ Uhr erörterte die 80—100 Mann starke Delegirten-Versammlung in vertraulicher Besprechung die Angelegenheiten der einzelnen Wahlkreise. Beschlüsse wurden hierbei selbstverständlich nicht gefasst, doch ergab sich in allen wesentlichen Punkten volle Einmütigkeit der Versammlung. Als Vertreter des geschäftsführenden Ausschusses der freisinnigen Partei wohnten die Reichstags-Abg. Rickert-Danzig und Schrader-Berlin dem Delegirtentage bei.

Nach einer kurzen Pause eröffnete dann Herr Dr. Arbeit-Marienburg im Auftrage des Delegirentages die öffentliche zahlreiche Versammlung im großen Saale des Gesellschaftshauses. Unter den Anwesenden bemerkten wir so manchen, dessen Name in unserer Provinz einen guten Klang hat, so diejenigen bezw. früheren Abg. Drawe, Wiedenbalz, Albrecht-Suzemin, Plehn-Kopitowsky, Schnadenzburg, die Provinzial-Landtagsabg. Plehn-Kratziden, Schmidt-Charlottenwerder u. a. — Hr. Dr. Arbeit stellte zunächst Namens des Marienburger freisinnigen Wahlvereins, herzlichen Dank an allen von auswärtigen erschienenen Theilnehmern. Derselbe erinnerte dann daran, daß als vor 3 Jahren in Marienburg eine gleiche Versammlung tagte, alle Liberalen die engste Gemeinschaft für die damaligen Wahlen beschlossen hätten. Seitdem habe sich zwischen zwei Schattirungen der liberalen Partei eine noch engere Gemeinschaft gebildet. Dieser erfreulichen Thatache stiehe die bedauerliche Ercheinung gegenüber, daß eine Abseidung der Nationalliberalen eingetreten sei. Freilich sei auf jener Seite der Zusammenhang mit den bisherigen Kampfgenossen schon seit einiger Zeit ein immer lochter geworden und die Vorgänge in Heidelberg und Neustadt hätten den Werth der bisherigen Bundesgenossenschaft für aufrichtig liberale Männer bedenklich abgeschwächt. Redner erinnert hierauf an die schmählichen Verleumdungen und Verunglimpfungen des Abg. Rickert, welcher sich auch solche Journale schuldig gemacht haben, die der liberalen Sache zu dienen vorgesehen. Hs. und Verleumdung sei heute das Schicksal jedes freisinnigen Mannes. Habe doch selbst der Reichstagskämpfer im Parlament den Vernichtungskampf gegen die freisinnige Partei proklamiert. Sache des freisinnigen Bürgerthums in Stadt und Land sei es nun, auch seinerseits fest und energisch einzutreten in den Kampf mit der Parole: Jeder thue bei den Wahlen seine Pflicht! (Bravo.)

Nachdem das Bureau der Versammlung dann aus den Herren Dr. Arbeit, Albrecht-Suzemin, Dr. Bleher-Elbing, Dau-Hohenstein, Dr. Koch-Danzig, Plehn-Kratziden und Seeger-Marienburg gebildet worden, erhielt das Wort zunächst

Herr Plehn-Lubochin, welcher sich über die Agitation für Erhöhung der Getreidezölle ungefähr wie folgt äußerte: Neben der Rücksicht auf das Wohl des großen Ganzen werden bei der Wahl zum Reichstage die Bedürfnisse des engeren Kreises, dem der Wähler angehört, ihren natürlichen Ausdruck finden. Die Wähler unserer Provinz Westpreußens denken an das, was unserer Provinz Wohl thut. Vor Allem ist die Provinz auf Ausübung des landwirtschaftlichen Gewerbes angewiesen, daneben hat ihre Lage an der Ostsee den Handel unserer Küstenstädte ins Leben gerufen. Die Interessen der Landwirtschaft und des Handels haben sich früher gegenseitig nicht gestört, vielmehr förderter das Gedanken des Handels die Landwirtschaft und umgekehrt. Seit 5 Jahren hat die veränderte Zollpolitik im Reich anscheinend einen Gegensatz zwischen diesen Interessen erkennen lassen. Es wurde behauptet, die Freiheit der Aus- und Einfuhr an Landwirtschaftlichen Produkten schädigt den Landwirth, indem sie die Produkte fremder Länder zu billigeren Preisen ins Land bringe und dem heimischen Landwirth verderbliche Konkurrenz bereite. Diese Auffassung führte zu der Forderung der Erhöhung von Getreidezöllen. Im Jahre 1879 hat die Regierung und die Presse der der Regierung nahestehenden Parteien den Kornzoll vertheidigt als ein Mittel, die übermäßige Getreideeinfuhr aus dem Auslande zurückzuhalten, und hat die Einwendung, daß die durch den Kornzoll erfolgende Erhöhung des Getreidepreises die große Masse der Consumenten, namentlich die ärmeren Klasse schädige, damit zurückzuweisen gesucht, daß sie behauptete, das Ausland trage den Zoll, und wo dies nicht ganz gejeght, würde die Preiserhöhung nur eine Verminderung des Arbeitsverdienstes der Müller und Bäcker zur Folge haben; das Brod werde im Preise nicht steigen, der Zoll von 1½ Mark pro Centner sei dazu zu unbedeutend. Heute macht sich in der Presse und in landwirtschaftlichen Versammlungen der Wunsch bemerklich, die Getreidezölle zu erhöhen, und zwar mit der ausgesprochenen Absicht, der nothleidenden Landwirtschaft durch höhere Getreidepreise aufzuholen. Es wird eine 3—4fache Erhöhung des Zolls verlangt, 1½—2 Mt. pro Centner. Die conservative Partei hütet sich, diese Forderung, welche ihre Presse unterstützt, zur Wahlparole zu machen; sie befürchtet ihre abhängende Wirkung auf diejenigen, welche ihr Brod nachher soviel theurer bezahlen müßten, auf die breiten Massen der Bevölkerung, deren Stimmen sie bei der Wahl nicht verlieren will. Ist die Wahl vorüber, so wird im Reichstag der Kampf um höhere Kornzölle beginnen. Sache der freisinnigen Partei

wird es sein, gegen diese Erhöhung Widerstand zu leisten und den Nachtheil, den sie dem Reich bringen würde, nachzuweisen.

Die berechtigten Interessen der Landwirtschaft wird die freisinnige Partei ebenso zu schützen suchen, als die Gegner dies zu thun behaupten. In ihren Reihen sind zahlreiche Landwirths, aber diese suchen die Hilfe zur Überwindung mancher Schwierigkeiten, welche ihrem Gewerbe jetzt bereitet sind, nicht in der Erhöhung der Getreidezölle. Es muß als ein schädlicher Irrthum bezeichnet werden, daß die gesammte Landwirtschaftl. Bevölkerung, daß auch nur die Gesamtheit der Grundbesitzer von einer Erhöhung der Kornzölle Nutzen hat. Schon vielfach ist darauf hingewiesen, daß nicht jeder Landwirth, der Korn baut, auch Korn zum Verkauf übrig hat. Die große Zahl derjenigen, welche nur viel Korn bauen, als sie selbst und ihr Gefünde verzehren, als ihr Viehstand consumirt und als Saatgut gebraucht wird, hat keinen Nutzen vom Getreidezoll. Bei sehr vielen, die zwar einen Überschuss zum Verkauf haben, aber keinen großen, ist der Nutzen ein ganz geringer.

Nur die kleine Zahl der größeren Grundbesitzer hat Vorteile von erhöhten Zöllen; diese kleine Zahl ergibt nicht die „gesamte Landwirtschaft“ dar, ihr Interesse ist nicht ein allgemeines Reichsinteresse, und sie kann eine Förderung auf Kosten der großen Masse der Bevölkerung nicht beanspruchen. Nach den Untersuchungen, welche in verschiedenen Ländern des Reichs über die Zahl derjenigen Landwirths ange stellt sind, welche, weil sie Getreide über den Bedarf bauen, von den Kornzöllen Nutzen haben könnten, beziffert sich diese Zahl in Preußen noch nicht auf den sechsten Theil aller Grundbesitzer, in Baden sind es unter 3 Prozent. Eine Maßregel, welche zum Nachteil der übrigen Wenigen bereichern soll, müßte wenigstens den Wenigen, die diesen ja doch aus einer schlechten Lage geholfen werden soll, in gleichmäßiger Weise zu Nutze kommen. Auch das würde nicht der Fall sein. Der Besitzer fruchtbaren Bodens, dem seine Mittel eine kräftige Bewirthschaftung derselben gestatten, würde, obgleich er der Reichshilfe weniger bedarf, den größeren Vorteil von den Zöllen haben, weil er mehr Getreide baut als derjenige, der auf dürrigem Boden mehr mit der Röthe der Zeit zu kämpfen hat und schwerer an seinen Verpflichtungen und Abgaben trägt. Die Kornzollerhöhung würde in höherem Maß dem besser Situierten zu gut kommen als dem schlechter Situierten, sie würde den Nutzen unter die Wenigen, welche ihn erhoffen könnten, ungerecht vertheilen. In unseren östlichen Provinzen haben aber schon jetzt auch die größeren Grundbesitzer mehr Nachtheile von dem jetzigen Zoll, als sie selbst glauben. Die Verminderung des freien Verkehrs in den Handelsstädten, welche durch die Reglements der Transfälzer nicht beseitigt ist, erschwert es dem Getreidehändler, aus heimigen und fremden Getreide diejenige Durchschnittsmischung herzustellen, welche im Ausland verlangt wird. So lange der Handel ganz unbehindert war, wurden die Zufuhren aus der Provinz, weil sie zur Herstellung der Exportware gebraucht wurden, verhältnismäßig besser bezahlt, als der Consument sie im Lande bezahlen konnte. Die Erhöhung, d. h. Vertheuerung der Speicheroperationen, welche seit Einführung der Getreidezölle entstanden ist, muß durch Abzüge vom Preise der inländischen Zufuhren gedeckt werden. Deshalb verlieren die Handelsstädte an der Ostsee für die Landwirths, die in der Provinz einen Theil ihres Werthes, und unser Getreideübergang wird nach den consumirenden Provinzen im Westen geschickt, wo er wegen der weiten Transporte und hohen Eisenbahnschafften schwieriger mit dem an Ort und Stelle gebauten Getreide konkurriert. Wenn wesentlich höhere Getreidezölle dem Handel weitere Schwierigkeiten bereiten sollten, würde unsere Provinz, die des billigen Seetransports wegen auf den Verkauf des Getreides nach den Hafenstädten gewiesen ist, zu ihrem Nachteil die entlegeneren Märkte im Innern Deutschlands aussuchen müssen.

Neben diesen direkten materiellen Nachtheilen, welche die Erhöhung der Getreidezölle unserer Provinz zu bringen droht, dürfen die indirekten Schäden nicht unerwähnt bleiben, welche darin liegen, daß eigennützige Forderungen einer einzelnen Berufsclasse zum Nachteil der andern, dieser Berufsclasse, die Großgrundbesitzer, in eine schändliche Sonderstellung bringen. Von jenem hat man im Großgrundbesitz nach Männern gesucht, welche für das große Ganze Opfer zu bringen geneigt waren, und solche Männer haben nie gefehlt. Diese Stellung im Staat, welche der Großgrundbesitz hatte, machte ihn geachtet und einflussreich. Wo soll Achtung und Einfluß bleiben, wenn beim Großgrundbesitz immer mehr die Neigung hervortritt, sich Vorteile aus Kosten der großen Massen durch den Anteil an der Gesetzgebung zu verschaffen, den seine Stellung im Reich ihm gebracht hat. Will der landwirtschaftliche Verband von Besitzern, der in den landwirtschaftlichen Vereinen organisiert ist, seine einflussreiche Stellung im Staat bewahren, so muß er sich hüten, Sonderinteressen da geltend zu machen, wo er es nur auf Kosten Anderer thun kann. Sie werden am besten und nachhaltigsten für das Gedeihen der Landwirtschaft, zunächst in unserer Provinz sorgen, Hs. H., wenn Sie dahin wirken, daß zum Reichstage Niemand gewählt wird, der in eine Erhöhung der Kornzölle willigt. Wir müssen als Wähler offen unsere Stimme erheben gegen Jeden, auch gegen jeden Landwirth, welcher uns mit solchen Lockungen kommt. (Lebhafte Bravo!)

Der Vorsitzende dankt dem Redner für seine zeitgemäßen Darlegungen und ertheilt nun das Wort Herrn

Abg. Rickert. Derselbe knüpft an die Bemerkungen des Vorsitzenden über die jüngsten Verleumdungen seiner (des Redners) Person an. Redner wolle darüber heute hier, wohin es weniger gehöre als vor seine Wähler, kein Wort verlieren. Die Sache habe ihn im Ganzen sehr wenig berührt, nur sei es traurig gewesen, daß einige Presseorgane derjenigen Partei, der er eine Reihe von Jahren hindurch im parlamentarischen Dienste freudig seine Kräfte gewidmet habe, mehr noch als die socialdemokratische Presse aus den erwähnten Fälschungen politisches Kapital gegen ihn geschlagen hat. Freilich wisse er, daß die Mehrzahl seiner früheren politischen Freunde dies missbillige. Wer heutzutage bei uns im politischen Leben seine Haut zum Marte trät, der muß auch auf solche Dinge gefaßt sein. Er habe aus den charakteristischen Vorgängen wieder ersehen, daß viele Gegner sachliche Gründe nicht mehr haben und deshalb die Person verdächtigen.

Redner knüpft hieran den dringenden Wunsch, daß die befremde Presse sich nie und in keiner Phase des Parteikampfes verleiten lasse zu ähnlichem Verfahren. Bekämpfen wir des Gegners politische Anschaunungen und Forderungen mit aller Stärke, aber versagen wir nicht seiner Person die schuldige Achtung. Siegen können wir nur, wenn wir den Kampf führen mit den Waffen der Überzeugung und mit ruhiger Entscheidlichkeit.

Der Vorsitzende hat mit Recht daran erinnert, daß der Reichskanzler der freisinnigen Partei den Kampf auf Leben und Tod erklärt habe. Früher hat Fürst Bismarck gesagt, daß große Parteien und eine Einigung selbst von links her ihm lieber sein würde, als die vielen Partei-Partikelchen. Als die Freisinnigen nun neuen Wunsch zu erfüllen gesucht, hat er den neuen Partei erst recht aus dem Krieg erklärt. Ja, m. H., es gibt Blüte unter uns, die an der, wie es genannt wird, „fixen Idee“ leiden, doch in Deutschland constitutionelles Leben sich niemals fest und glücklich gestalten kann, wenn nicht große Parteien diese Entwicklung tragen. Die national-liberale Partei war früher eine solche, die den Kern einer großen liberalen Partei bilden konnte. Sie hat diese Bestimmung auch eine Zeit lang zu erfüllen gesucht. Viele unter denen, die jetzt noch die national-liberale Partei bilden, vergessen, daß die Gründer derselben Forderung, Tiefen, Losser u. a. waren. Diese Männer sind sich deshalb bewußt gewesen, daß eine große nationale Partei nur bestehen kann, wenn sie getragen wird von dem freidenkenden Bürgerthum des Staats. Wir, die wir früher in der national-liberalen Partei mitgewirkt haben an dem inneren Ausbau des deutschen Reichs, — in den meisten Fragen übrigens in Uebereinstimmung mit der früheren Fortschrittspartei — sind noch heute stolz auf jene Mitarbeit, die sich auf nationaler und liberaler Basis vollzog. Aber der Reichskanzler hat die national-liberale Partei, als sie groß und einflussreich war, für die Dauer ebensoviel ertragen können wie jetzt die freisinnige. Naturen wie die seelige beugen sich nur, wenn sie vor Hindernissen stehen, die unabsehbar sind. Auch die national-liberale Partei wurde an die Wand gedrückt. Deshalb wird Fürst Bismarck, obwohl er sich theoretisch für große Parteien erklärt hat, tatsächlich doch stets der Bildung selbstständiger großer Parteien entgegenwirkt. Eine andere Frage ist es, ob dem deutschen Volke damit gedient ist? Gerade sein Interesse erhebt es, daß wir jetzt bleiben in unserem Entschluß und weiterkämpfen für das Zustandekommen einer großen Partei, welche der Reaction geschlossen entgegen tritt. — Redner erinnert an das Programm der Deutschfreisinnigen und deren einmütig ausgesprochene Voraussetzung bei Feststellung des derselben, daß kein Kampf entstehen solle zwischen dieser und der national-liberalen Partei.

Er erinnert ferner an eine Rede Bennisens vom Jahre 1882, in welcher dieser allen Liberalen es zur Pflicht mache, zusammenzustehen gegen die gemeinsamen Gefahren. Was ist denn nun seitdem geschehen? Sind die Conservativen etwa seitdem liberaler geworden? Hat Fürst Bismarck mehr Neigung gezeigt, mit den Liberalen zu pactiren? Ist nicht der Ansturm der Reaction inzwischen viel stärker, sind ihre Forderungen nicht immer weitgehender und deutlicher geworden? Solche Kinder sind wir doch nicht, daß nur Hs. oder Oppositionsgefüle gegen den mächtigen Kanzler, dessen geniale auswärtige Politik wir ja noch heute bewundern, uns zu unserem politischen Verhalten, zu unserer aufreibenden Arbeit bestimmen sollte. Wir sind die Alten geblieben, aber wir sind jetzt nur noch mehr als ehems überzeugt, daß das deutsche Reich die Durchführung der Grundsätze der Stöcker und Kleist-Rehov nicht ertragen kann. (Lebhafte Zustimmung.) Trotz der friedlichen Erklärung in unserem Programm werden wir jetzt auch von früheren Freunden aus der national-liberalen Partei bekämpft — die Früchte davon werden sich ja bald genug zeigen. Schon prophezeit jetzt triumphirend das Hauptorgan des Centrums, die „Germania“: Wenn der Liberalismus uneinig wird, dann ist sein Einfluß gleich Null!

Aber wir appellieren bei den bevorstehenden Wahlen an das deutsche Volk, ob es eine geschlossene große freisinnige Partei will oder nicht. Das deutsche Volk soll durch die Wahlen bezeugen, ob es entschlossen ist, seiner Überzeugung einen gebührend starken Ausdruck zu geben, ob es in seinen inneren Angelegenheiten liberal regiert werden will, oder nicht. Unsere ganze innere Entwicklung kann sich nicht auf die Kraft und das Leben eines Mannes stützen und wäre er ein auch noch so genialer und mächtiger Staatsmann. Wir können ein thatkräftiges, selbstbewußtes Bürgerthum durchaus nicht entbehren. Ist es nicht ein eigenhümliches Symptom für den Stand unserer öffentlichen Dinge, daß jetzt auch bei den Reichstagswahlen durch Ausübung des directen allgemeinen Stimmrechts an verschiedenen Stellen Landräthe und andere abhängige Beamte in die Volksvertretung gesandet werden sollen. Wer das im großen Maßstab will, der möge die Verfaßung ad acta legen und sich für den absoluten Staat einzuschreiben lassen. — Soll der Parlamentarismus durchaus abgenutzt werden? Das fühlen wir, die wir mitten darin stehen, am besten. Aber wenn so ist, haben wir dann nicht erst recht uns die Frage vorzulegen, was bei den nächsten Wahlen zu geschehen hat, vor welche Forderungen wir insbesondere gestellt werden? Herr Plehn hat sehr richtig die wichtige Frage betont, welche jetzt wieder in den Vordergrund tritt: Was haben die Conservativen vor den Wahlen von 1881 nicht alles versprochen — und was haben sie geleistet? Was von all den verschiedenen Steuererleichterungen ist in Erfüllung gegangen? In Preußen sind an directen Steuern 0,38 Mt. erlassen, dafür aber ist für Getreide, Kaffee, Tabak, Bier und Nutzhölz allein die Last der indirekten Steuern seit 1875 bis zum vorigen Jahr um ungefähr 1 Mark pro Kopf der Bevölkerung gestiegen. Die großen Reformen auf sozialen Stellen der Volksvertretung sind angedacht, dafür ist die Befreiung der Arbeitnehmer aus der Zwangsarbeit, einer Voraussetzung einer reislichen Prüfung bedürftig, einer Voraussetzung in einer Commission unterzogen werden müssen. Auch der national-liberalen Abg. Meier (Bremen), der die Vorlage im Ganzen und Großen empfahl, schloß seine Rede mit den Worten: „ich hoffe, die Vorlage wird an die Budgetcommission verwiesen, und will deshalb hiermit schließen.“

Mit großer Majorität beschloß der Reichstag die Verweisung an die Budgetcommission, welche der conservativen Vorsitzende derselben auf Donnerstag, den 19. Juni berief. In dieser Sitzung verlangten die Mitglieder der freisinnigen Partei zuerst und mit vollem Recht Auskunft über die Finanzlage des Reichs. Bisher war es stets üblich gewesen, daß die Regierungen, wenn sie von der Volksvertretung die Billigung einer größeren Ausgabe verlangten, zugeleich nachwiesen, durch welche Mittel diese Ausgabe gedeckt würde. (Zustimmung.) Eine solche Forderung hätte man doch auch von einem langjährigen Mitgliede der Budgetcommission, wie es Hr. v. Benda ist, erwarten müssen. Die Bemerkung am Schlus der Vorlage, daß die „definitive Billigung der erforderlichen Geldmittel“ dem Etat von 1883/84 vorbehalten bleibe, hat gar keine Bedeutung, denn hätte der Reichstag die Vorlage jetzt schon angenommen, so hätte er in der nächsten Session die Mittel unter allen Umständen bewilligen müssen. Welchen Aufschluß erhielt nun die Commission über die Finanzlage? Einen ungünstigeren, als sie erwartet hatte. Das Rechnungsjahr 1883/84 hat

wollen lieber ehrlich unterliegen, als in diesem Punkte pactiren. Der national-liberalen Abg. Oechelhäuser hat bekanntlich früher eine Zollpolitik, welche auf Getreidezölle hinaus will, für unvereinbar mit dem liberalen Programm erklärt. 1881 erklärte Herr v. Benda Namens der Nationalliberalen sich bereit, andere Steuern zu bewilligen, wenn die jetzigen Getreidezölle beseitigt würden. Und jetzt erklären national-liberalen Organe, zu der Frage nicht Stellung nehmen zu wollen. Die Wähler aber müssen dazu Stellung nehmen. Redner hält zwar auf das Doppelte oder gar Dreifache erhöhte Getreidezölle für ein Unglück, für einen Rückschritt, dessen Folgen niemals ganz zu verwinden sein würden, aber besser sei noch immer der volle Ansturm, dem dann so schneller der energische Rückschlag folgen werde, als die schlechende, ewig beunruhigende Agitation. — Die conservative Partei kommt jetzt mit dieser Wahlparole offen hervor und das sei gut. Die in unserer Provinz von Riesenborg aus angeregte Getreidezoll-Petition, für welche man die landwirtschaftlichen Vereine zu gewinnen sucht, sei eine solche. Der zweite westpreußische Provinzialtag, in dessen Mitte die Landwirtschaft hervorragend vertreten sei, habe sich 1879 mit großer Mehrheit gegen die Getreidezoll-Petition, für welche man die landwirtschaftlichen Vereine zu gewinnen sucht, sei eine solche. Der zweite westpreußische Provinzialtag, in dessen Mitte die Landwirtschaft hervorragend vertreten sei, habe sich 1879 mit großer Mehrheit gegen die Getreidezoll-Petition, für welche man die landwirtschaftlichen Vereine zu gewinnen sucht, sei eine solche. Der zweite westpreußische Provinzialtag, in dessen Mitte die Landwirtschaft hervorragend vertreten sei, habe sich 1879 mit großer Mehrheit gegen die Getreidezoll-Petition, für welche man die landwirtschaftlichen Vereine zu gewinnen sucht, sei eine solche. Eine andere Wahlparole sollte die Dampfsubvention bieten. Sehr viel hat diese Vorlage von sich reden gemacht und insbesondere haben unsere früheren Parteigenossen aus der national-liberalen Partei dieselbe gegen uns in einer sehr eigenhümlichen Weise verworfen. Ich sehe von der Behandlung der Frage durch die Mehrzahl der national-liberalen Blätter ganz ab. Nicht aber kann ich in gleicher Weise die Rede eines sonst mehr unbefangenen Führers der jetzigen Nationalliberalen, des Herrn Abg. v. Benda auf dem Elberfelder national-lib. Parteitag mit Stillschweigen übergehen. Sie fordert eine Entgegung geradezu heraus. Hr. v. Benda sagte in Elberfeld nach dem Bericht der „Köln. Blg.“ u. a.:

„Die Vorlage wurde an die Budgetcommission verwiesen und es stellte sich der Reichskanzler in der Commission ein. Es wurde hin und her verhandelt in sachlicher Weise. Der Reichskanzler entfernte sich und nun wurde die Budgetcommission genau auf die Stunde verlegt, in welcher vorausgezeigt werden konnte, daß der Reichstag verabschiedet war. Es waren 13 Stimmen dafür und 10 dagegen. Wir sprachen im engeren Kreise darüber und kamen zu dem Entschluß, daß diese 13 Stimmen, welche für die Verschleppung waren, in großer, fetter Schrift in Deutschland bekannt gemacht werden. Hier stand ursprünglich in dem Bericht der „Köln. Blg.“, daß die 13 Stimmen in Deutschland gebrandmarkt werden sollten. Auf meine schriftliche Anfrage, ob Hr. v. Benda das wirklich gesagt habe, berichtigte er die betreffende Stelle wie oben angegeben und sie ist allerdings gegen uns viel höflicher, aber in der Sache finde ich eine weniger große Verschiedenheit.“ Hr. v. Benda fährt dann nach dem Bericht der „Köln. Blg.“ fort: „Aber unsere Taktik (!) wurde durch Hrn. v. Metzahn-Güls durchkreuzt, denn er brachte die Sache (im Plenum des Reichstages) zur Sprache und gab dadurch Gelegenheit, daß der sehr geistige Herr Eugen Richter sich den Hals teilweise aus der Schlinge zog“ u. s. w.

Soweit Hr. v. Benda. Und jetzt gestatten Sie einem der 13, deren Namen in Deutschland in großer fetter Schrift bekannt gemacht werden sollen, den Hergang auch seinerseits an der Hand der Thatsachen darzustellen und dann mögen Sie selbst über den Werth der „Taktik“ der Nationalliberalen gegen die 13 urtheilen!

Am 6. März d. J. ist der Reichstag eröffnet. Erst während der Pfingstferien gelangte an denselben die Vorlage, welche den Reichskanzler ermächtigen soll, in den nächsten 15 Jahren in jedem Jahr 4 Millionen Mark im Höchstbetrage als Zufluss für die Einrichtung von zwei deutschen Post-Dampferlinien — nach Ostasien und nach Australien — an Privatunternehmer aus Reichsmitteln herzugeben.

mit einem Deficit von nahezu zwei Millionen abgeschlossen, während das Jahr 1882/83 noch einen Überschuss von 15²/3 Millionen Mark ergeben hat, der in den laufenden Etat eingestellt ist. In dem nächsten Etat von 1885/86 wird also nicht bloß das Deficit von 1882/83 zu decken sein, sondern auch der Überschuss fehlen — also im Ganzen nahezu 18 Millionen. Wie sollen die gedeckt werden? Das es durch Mehreinnahmen bei der Post, Eisenbahnen, Wechselstempel und den Zöllen geschehen wird, daran ist nicht zu denken. Dagegen werden Mehrausgaben, die jetzt schon feststehen, in dem Etat von 1885/86 erscheinen: für die Marine, Pensionen, das Reichsver sicherungsamt etc. Hieraus geht schon mit ziemlicher Bestimmtheit hervor, daß, ganz abgesehen von den 4 Millionen für die Dampfersubvention der künftigen Etat ohne neue Mittel sehr schwer zu balanciren sein wird. Und nun sollten wir, ohne den Etat vor uns zu haben und ohne eine dringende Eile — denn die Regierungen wissen selbst noch garnicht, an welche Unternehmer sie die Subventionen geben wollen — eine neue Ausgabe ohne die entsprechenden Deckungsmittel bewilligen? Der neue Reichstag wäre im Herbst gerade in eine Zwangslage gekommen. Ein Conservativer wußte natürlich sofort Rath. Der Abg. Frege erklärte in der Commission, durch höhere Getreidezölle wäre mit Leichtigkeit der sehrende Betrag herbeizuschaffen und er wunderte sich, daß dies noch nicht geschehen. Das aber ist es gerade, was uns bedeckt machen müßte, uns eine solche gebundene Marschroute aufzuzwingen zu lassen, und ich zweiste nicht daran, wie die Nation votiren würde, wenn sie — ganz abgesehen von dem Standpunkt in der Frage — die Dampfersubvention durch Erhöhung der Getreidezölle oder auch durch Erhöhung der Matrikularbeiträge, die durch höhere Besteuerung der Einzelstaaten aufgebracht werden müßten, erlaufen sollte. Erst im Herbst wird man die Finanzlage genauer übersehen können und bis dahin mag die Regierung eine finanziell und technisch bessere halbare Vorlage vorbereiten. Auch ein conservativer Hamburger Blatt hat zugestehen müssen, daß die Vorlage nicht genügend vorbereitet war. Weder waren die Deckungsmittel für die Mehrausgabe nachgewiesen, noch weiß man, wem und unter welchen speziellen Bedingungen die Subvention gegeben werden soll. In Frankreich und England hat man dem Parlament die betreffenden Contracte mit den Privatunternehmern vorgelegt, damit es genau die Tragweite übersehen könne. Weshalb geschieht das nicht bei uns? Auch die Frage, welche weitere Forderungen diese 4 Millionen nach sich ziehen müßten, ist in der Vorlage garnicht berührt. Und doch liegt sie so nahe. Wie wird man für andere Linien, z. B. für die südamerikanischen, die auch eine sehr schwere Concurrenz haben, nach diesem Vorgange eine Subvention verweigern können? Und wie stehts mit den Verbindungen nach Afrika, wohin sich besonders der deutsche Unternehmungsgeist jetzt richtet?

Eine fernere Frage lag ebenso nahe: wird nicht durch diese neuen Linien die alte mit vieler Mühe von Hamburg aus ins Leben gerufene Dampfschiffahrtsverbindung gefährdet und vielleicht ruinirt? Welchen Einfluß werden überhaupt die neuen Schiffe auf unsere ohnehin schon in einer sehr schwierigen Lage befindliche Rhederei haben? Entspricht der Vortheil, den eine neue einmalige directe Verbindung in jedem Monat nach Ostasien und Australien hat, den großen Opfern? Schon jetzt gehen nach Ostasien in jedem Monat vierter Post-Dampfer, nach Australien siebenmal. Es ist zu gestanden, daß die Kaufleute nicht auf die neuen Dampfer mit ihrer Correspondenz etc. warten würden, so daß sie nach wie vor die schnellste und passendste Gelegenheit wählen würden. Es ist ferner Thatssache, daß die Hamburger Dampfer von Słoman nur deshalb nicht direkt nach Australien gehen, sondern in London anlaufen, weil sie durch deutsche Waaren noch nicht die Hälfte des Schiffraumes füllen und deshalb in London weitere Fracht suchen müssen und erhalten.

Einen Tag nach der ersten Commissionsitzung, in welcher im Wesentlichen nur die finanzielle Seite der Vorlage erörtert wurde, traten auf allseitigen Wunsch unter dem Vorjü des Hrn. Reichstagspräsidenten die Vertreter aller größeren Parteien (der sogenannten Seniorencorrespondenz) zusammen, um nach Vereinbarung mit den Vertretern der Regierung sich über die in der laufenden Session noch zu erledigenden Vorlagen zu verständigen. In dieser Conferenz machte der Hr. Präsident, wie dies auch im Reichstag constatirt ist, Mittheilung von den Vorlagen, auf deren Zustandekommen in dieser Session die Regierungen Gewicht legten. Unter diesen Vorlagen befand sich die Dampfersubventions-Vorlage nicht und so wurde denn unter allgemeiner Zustimmung festgestellt, daß dieselbe nicht mehr auf die Tagesordnung gelegt werden sollte. Sowohl die Vertreter der conservativen, als auch der nationalliberalen Partei waren in dieser Conferenz bei dem Hrn. Präsidenten anwesend; aber von keiner Seite wurde der Antrag gestellt oder auch nur der Wunsch ausgesprochen, daß die Dampfervorlage zur Erledigung komme. Und jetzt fragt man uns der Verschleppung an?

Gleichwohl segneten wir in der Budget-Commission unsere Berathungen darüber fort und wir haben uns daran ebenso eifrig betheiligt wie die Mitglieder der anderen Parteien. In der zweiten Sitzung der Commission — am 23. Juni — erschien in Folge der Ankündigung des Abg. Hammacher, daß er den Zusammenhang der Vorlage mit der Colonialpolitik erörtern wolle, der Hr. Reichskanzler und er gab ausführliche Aufschlüsse über die Richtung seiner Colonialpolitik. Nach derselben kann es nicht die Aufgabe des Reichs sein, mit seinen Mitteln Colonien zu erwerben und zu erhalten, wie dies z. B. Frankreich gethan, sondern das Reich müsse sich darauf beschränken, den Ansiedlungen deutscher Landsleute, die sie auf eigene Gefahr und Kosten gemacht hätten, in den überseeischen Ländern Auseinandersetzung darüber vor der Nation zu scheuen.

Nachdem Redner die Dampfersubventionsvorlage noch aus verschiedenen handelspolitischen und finanziellen Gesichtspunkten beleuchtet, u. A. auch einer Befürchtung an die "Nat.-Btg." erwähnt, worin ein Sachverständiger hervorgehoben hat, daß billige Telegraphenverbindungen mit den überseeischen Ländern für den Handel mindestens ebenso wichtig seien, als neue Dampferverbindungen, fährt er fort:

Daß wir dem überseeischen Handel volles Interesse zuwenden, das beweist unsere Stellung zu den Marinefragen. Hat doch selbst der Hr. Reichskanzler in der Sitzung vom 26. Juni seine — ich möchte fast sagen — Verwunderung darüber ausgesprochen, daß wir so viel Sympathien für die Marine hätten. Freilich hatte die Sache für den Hrn. Reichskanzler einen Beigeschmac. Er sagte, er hätte oft davon reden hören, daß Hr. v. Stosch, der insbesondere meine Unterstützung hätte, öffentlich als sein, des Reichskanzlers, möglichst baldiger Nachfolger angesehen wurde. Der Hr. Reichskanzler ließ durchblicken, als ob wir und insbesondere ich bei einem solchen Plan betheiligt wären. Ich habe in derselben Sitzung vom 26. Juni sofort in einer persönlichen Bemerkung dem Fürsten Bismarck erwidert:

Wenn der Herr Reichskanzler meine Unterstützung des Hrn. v. Stosch in Verbindung gebracht hat mit einer Verschwörung, die dahin gerichtet gewesen ist, Hrn. v. Stosch an seine Stelle zu setzen, so muß ich sagen:

mir ist von diesen geheimen Absichten bisher nicht genannter Personen absolut keine Kenntnis geworden; ich bin in diese Verschwörung jedenfalls weder eingeweiht noch verwickelt gewesen."

Venige Wochen darauf, nachdem ich in Sprenglingen in meines Freundes Bambergers Wahlkreis gesprochen, erschien in dem "Rhein- und Nahrheboten" vom 17. Juli eine Erklärung des früheren, im J. 1879 aus der nationalliberalen Fraction des Reichstags ausgetretenen Abgeordneten Hrn. v. Schauß veröffentlicht, in welcher derselbe behauptete, "er habe mich nicht einmal, sondern wiederholt äußern hören, nun müsse ernstlich an die Entfernung des Reichskanzlers aus seinem Amt gegangen werden." Den Nachfolger — sagte Hr. v. Schauß weiter — hatte Hr. Ritter schon in der Tasche, dieser war der frühere Minister v. Stosch. Der innere Grund dieser Action war damals die Hoffnung, daß die preuß. Ostseeprovinzen und die östlichen Häfen (Memel und Danzig) in größere Protection genommen würden". Hr. v. Schauß führte dann weiter aus, daß wir, für die Gegenden, welche deutsches und russisches Getreide zu mischen pflegen, eine Beeinträchtigung des Exports" fürchteten und daß "ein ganz menschliches und nüchternes materielles Interesse" dahinter gesteckt habe. Ich habe darauf in einem Briefe an die "Danz. Btg." meine Verwunderung über diese Enthüllung ausgesprochen und Hrn. v. Schauß ersucht, nähere Angaben zu machen, denn "bevor er nicht angeben könnte, wo und bei welchen Gelegenheiten ich diese Ausführungen gethan und worin die 'Action' für Hrn. v. Stosch zu Gunsten der Ostseeprovinzen bestanden haben soll, könnte man mir schwerlich zumutthen, mich in eine Kräuterung darüber einzulassen."

Konnte ich nach diesen Vorgängen irgend etwas Anderes sagen? Oder muthete man mir wirklich zu, den Beweis dafür zu liefern, daß ich keine Action geplant, den Kanzler um der Danziger Getreide-mischungen willen zu stürzen? Und worin sollte diese Action wohl bestanden haben? Welche Mittel standen mir zu Gebot? Die "Nordd. Allg. Btg." hat mich neben einigen meiner Freunde als "Hofliberaler" bezeichnet. Wie dieses Wort auf mich, der ich nie-mals weder direkte noch indirekte Beziehung zu Hofkreisen gehabt habe, passen soll, das begreife ein Anderer! Wenn ich solche Actionen im Sinne gehabt hätte, so mußte ich doch Mitverschworene haben und das könnten keine Anderen sein, als die damaligen Führer der nat.-lib. Partei, die zum Theil es noch heute sind und denen ich viel näher stand, als Hrn. v. Schauß. Sie müßten ja Zeugnis gegen mich ablegen können. Man frage sie doch. Hier steht heute in meiner Nähe ein Freund, der damals mit mir im Reichstag war und mit dem ich viel mehr verkehrte, als mit Hrn. v. Schauß. Er erinnert sich nicht von meinem schwarzen Plan gegen den Fürsten Bismarck und für Hrn. v. Stosch etwas gehört zu haben. Ich kann nur nochmals Hrn. v. Schauß auffordern, nähere Angaben zu machen und seine Behauptung doch einigermaßen zu begründen. — Es sind vielleicht einige Conservative in dieser Versammlung. Die Herren denken gewiß in politischer Beziehung nicht sehr freundlich über mich und sie trauen mir Manches zu, aber daß sie, die unsre Handelsverhältnisse in der Provinz kennen, von mir glauben sollten, daß ich wegen der Getreidemischungen, in Bezug auf welche ja meine Bemühungen und zwar mit Unterstützung des Hrn. v. Schauß Erfolg gehabt haben, den Reichskanzler stürzen und Hrn. v. Stosch an seine Stelle bringen wollte, das nehmen sie wirklich nicht an! (Heiterkeit.) Ich soll Hrn. v. Stosch als Nachfolger in der Tasche gehabt haben! Der Sinn dieser Worte ist mir ein Rätsel geblieben. Davon mußte Hrn. v. Stosch doch auch etwas wissen. Ich frage nochmals: worin bestand die Action? Habe ich auch nur ein Mißtrauensvotum in der Fraction oder in noch engerem Kreise beantragt? — Ein Mitglied der jetzigen nat.-lib. Fraction, mit dem ich damals auch viel in politischem und geselligem Verkehr stand, ein Mann von gutem Gedächtniß, schreibt mir auf meine an ihn gerichtete Frage u. A. — ich will hier nur das Thatssächliche anführen:

"Was die Affaire Schauß-Stosch anlangt, so habe ich innerhalb der Kreise, welche gegen Ende der 70er Jahre die nationalliberalen Partei bildeten, niemals ernsthaft eine Meinung äußern hören, welche dahin gegangen wäre, es sei Fürst Bismarck zu stürzen, d. h. wider seinen Willen aus seinen Stellungen als Reichskanzler und Minister-Präsident zu verdrängen und durch Hrn. v. Stosch zu ersetzen; ebensowenig ist mir zu Ohren gekommen, eine solche Veränderung sei zu erstreben, um die Seefahrt unter bessere Protection zu bringen. — Dagegen ist unzweifelhaft währnd der verschiedenen 'Kanzler-Krisen' und zu Zeiten, in welchen der Gesundheitszustand des Fürsten Bismarck die Gefahr ihm als Kanzler zu verlieren, nahe zu legen schien, in den verschiedensten Kreisen und sicherlich auch an tausenden von Bierläden in ganz Deutschland mit Beifrag die Frage aufgeworfen, wer möglicherweise des Kanzlers Nachfolger werden könnte. Bei solchen Gelegenheiten ist gewiß in privaten Unterhaltungen wie in der Presse u. A. auch der Name des Hrn. v. Stosch genannt ebenso wie man gelegentlich auch vom Grafen Stollberg-Wernigerode sprach, von dem man eine Zeit lang sogar annahm, Fürst Bismarck wolle ihn zu seinem Nachfolger designieren."

Daß Letzteres richtig, ja daß die Nord. Allg. Btg. im Jahre 1879 bereits, wie das jetzt in den Zeitungen ausführlich reproduziert worden ist, von einer Nachfolgerchaft des Hrn. v. Stosch, ja sogar von meiner geplanten Nachfolgerchaft gesprochen, daß sie ein ganzes Ministerium Jordanbeck Lasker etc. enthüllt hat und daß über diese Dinge in der Gesellschaft und bei der Tafel gesprochen, darüber ist kein Zweifel. Was hat das aber mit einer "Action" zum Sturz des Fürsten Bismarck zu thun? Hr. v. Minnigerode wird es hoffentlich nicht als Indiscretion bezeichnen, wenn ich hier verrate, daß ich ihm bei Tisch vor nicht langer Zeit, als ich ihm gegenüber saß, den Vorschlag mache, für ein Ministerium Minnigerode-Ritter zu wirken (Große Heiterkeit). Ja, m. H., auch der Parlamentarier ist ein Mensch, der mit den politischen Gegnern harmtlos und ohne den Zwang einer politischen Discussion gesellschaftlich zu verkehren das Bedürfnis hat. Wenn ich den Plan gehabt und bei einer Action betheiligt gewesen, den Fürsten Bismarck zu stürzen, dann würde ich mich wahrlich nicht scheuen, es zu gestehen, denn es wäre kein unerlaubtes Verbrechen. Ich habe aber, und das kann ich beweisen — bis in die letzte Zeit die Parole: „Fort mit Bismarck“ für eine verkehrte erklärt. Wir hätten vielmehr etwas ganz Anderes wünschen zu wollen. Wir müssen dahin streben, daß der große Staatsmann durch den Willen des deutschen Volks genötigt werde, wieder in die Bahnen einzutreten, welche die innere deutsche Politik nach 1866 und 1870 einschlug. Nur mit Hilfe der liberalen Ideen hat das deutsche Reich gegründet werden können, nur mit ihrer Hilfe kann es gefestigt erhalten werden. Die Befreiung der Erwerbsverhältnisse von 1866 bis 1876, die Bildung einer großen, entschieden liberalen Partei, welche entschlossen ist, die reactionäre Bewegung abzuschlagen,

das ist und bleibt unser Programm und wir werden uns durch keinen Misserfolg und keinen Spott der Gegner davon abhalten lassen, es zu verfolgen. Auch wir Westpreußen, denen allerdings noch besondere nationale Pflichten zu erfüllen obliegt, wollen nicht in dem Kampf um die freiheitlichen Güter zurückstehen und wir wollen mit dazu beitragen, eine einige geschlossene und entschiedene liberale Partei zu bilden. (Lauter, anhalter Beifall.)

Der Vorsitzende Hr. Dr. Arbeit dankt Hrn. Ritter wie dem vorherigen Redner für ihre interessanten, anregenden Darlegungen und erläutert die Versammlung, angesichts der Anfeindungen gegen die Person des Herrn Ritter diesem ihre Hochachtung noch besonders zu bezeugen durch einmütiges Erheben von den Sitzen, was an seitens der ganzen Versammlung geschieht.

Es ergreift hierauf das Wort Dr. Dan-Hohenstein. Bei der bevorstehenden Reichstagswahl spielt die Agitation für Erhöhung der Getreidezölle eine so wesentliche Rolle, daß er, trotz der klaren Bedeutung durch Hrn. Plehn, sich für verächtlich halte, vom Standpunkt des kleineren Grundbesitzes aus, welchem Redner angehört, seine Stimme gegen jene Agitation zu erheben. Es ist zweifellos, daß bei den Getreidezöllen der Osten und der Westen des Vaterlandes ein verschiedenes Interesse haben. Bei uns im Osten liegt, wie ja auch aus Hrn. Plehns Ausführungen zu entnehmen, die Sache so, daß es hier selbst wenig Großgrundbesitzer gibt, welche ernstlich glauben, daß ihnen der Getreidezoll Vortheil bringt. Aber auch im Westen sind nach ungewissem Statistik nur 14 Proc. aller Landwirthe dadurch, daß sie über den eigenen Bedarf hinzu Getreide produzieren, überhaupt im Stande, etwaigen Vortheil aus den Getreidezöllen zu erzielen. Nur auf diese 14 Proc. nehmen wir also Rücksicht, wenn wir uns erfreuen für höhere Getreidezölle. Die übrigen 86 Proc. der Landwirthe haben nur die Nachteil der Zölle zu tragen, ohne wie sie 14 Proc. auf irgend einen, wenn auch imaginären Vortheil rechnen zu können. Ich glaube daher nicht, m. H., daß eine größere Anzahl westpreußischer Landwirthe aus dem kleineren Grundbesitz an den Getreidezollerhöhung anzugeben sind. (Zustimmung.)

Herr Glassen-Tiege: Die Landwirtschaft ist, so wird wenigstens behauptet, krank an allen Gliedern, jetzt aber hat sie auch noch die "Zuckerkrankheit". An allerlei schönen Verheißungen hat es der weitverzweigte Landwirtschaft in den letzten Jahren nicht gefehlt. Von dem, was in Erfüllung gegangen, hat sie aber bis jetzt nur Schaden gehabt. Zum Beweis dafür, daß man sich selbst auf die aus maßgebenden Kreisen den Landwirtschaft gemachten Verheißungen nicht viel verlassen dürfe, führt Redner folgendes an: Wenn einem Bedürfnis abgeholzen werden soll, so heißt es immer, daß ist der Staat da, der Staat hat das Recht und die Pflicht, helfend einzutreten, wo es Notth tut. Aber wer ist denn der Staat? Das sind doch wir, die Summe der Steuerzahler, auf deren Kopf die Dinge verbessert werden sollen. Oft genug erfüllt der Staat diese Pflicht nicht, Vieles ist versprochen, Weniges gehalten worden. Ja in neuester Zeit ist es vorgekommen, daß der Staat, oder doch die Staatsbehörde uns genommen hat, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Weise fördern; jetzt wird die Zuckerindustrie, der blühende Zweig der Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Weise fördern; jetzt wird die Zuckerindustrie, der blühende Zweig der Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wichtige Industrie dadurch in die größte Verlegenheit setzt. — Auch von dem höheren Getreidezoll hat der weitverzweigte Landwirtschaft nur Schaden zu erwarten. Es heißt zwar immer, daß Ausland bezahlte den Zoll. Wenn dem so ist, warum schont man das Ausland denn so? Könnte nicht das deutsche Reich alle seine Bedürfnisse an Steuern durch Zölle von dem gutmütigen Ausland erheben? Könnte man nicht aus derfelben Quelle die Reichsbehörde uns genommen haben, was wir besaßen, z. B. durch die Kündigung der Steuercredite. Auf der einen Seite wird behauptet, man wolle die Landwirtschaft in unserer Gegend, schwer geschädigt und gefährdet dadurch, daß man den schmiedonatischen Steuercredite, welcher den Zuckerfabriken seit ihrem Bestehen gewährt wurde und ohne welchen sie sich nur durch kostspielige Geldoperationen halten könnten, plötzlich entzieht, und diese wicht